Münchener Zeitung
mit der Wochenschrift: DIE PROPYLÄEN

Verlagsgebäude: Bayerstr. 57—59 und Paul Heyselstraße 2—4 • Hauptfilialen: Kaufingerstraße 11 und Frauenstraße 7 • Briefadresse: München 2. B. L. • Fernsprecher: 50501—50509 • Berliner Redaktionsbureau: Fürst Bismarckstr. 2

Die „Münchener Zeitung" mit der Wochenschrift „Die Propyläen" erscheint täglich mittags 12 Uhr und bedingt mit Zustellgebühr in München und den Vorstädten: Ausgabe A: Mk. 21.— vierteljährl., Mk. 7.— monatl., Mk. 1.65 wöchentl.; Ausgabe B mit Bayerische Heimat: Mk. 22.50 vierteljährl., Mk. 7.50 monatl., Mk. 1.75 wöchtl. Durch die Post mit Zustellgebühr: Ausgabe A: Mk. 21.— vierteljährl., Mk. 7.— monatl.; B mit Bayerische Heimat: Mk. 22.50 vierteljährl., Mk. 7.50 monatl.; bei unseren Agenturen: Ausgabe A: Mk. 7.— monatl., M. 1.65 wöchtl.; B mit Bayerische Heimat: Mk. 7.50 monatl., Mk. 1.75 wöchtl. Einzelnummer 35 Pfg. | Für Oesterreich: Ausgabe A: Kr. 104.80 vierteljährl.; Kr. 34.90 monatl.; Ausgabe B mit Bayerische Heimat: Kr. 112.50 vierteljährl., Kr. 37.50 monatlich für Ungarn: Ausgabe A: Kr. 63.24 vierteljährlich, Kr. 21.06 monatlich; Ausgabe B mit Bayerische Heimat: Kr. 65.64 vierteljährlich, Kr. 21.88 monatlich für die Schweiz: Ausgabe A: Fr. 9.20 vierteljährlich, Fr. 3.40 monatlich; Ausgabe B mit Bayerische Heimat: Fr. 10.55 vierteljährlich, Fr. 3.55 monatlich. Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile Mk. 2.50, die 70 mm breite Reklamezeile Mk. 12.—. Bei Wiederholungen Rabatt. Postscheckkonto 1047.

Nr. 197 | Katholisch: Donnerstag: Daniel. — Freitag: Maria Magdal. | München, Mittwoch, 20. Juli 1921 | Protestantisch: Donnerstag: Praxthild. — Freitag: Maria Magd. | 30. Jahrg.

Tagesübersicht.

Der bayerische Kronprinz über die Kriegslage 1917.
Die neue französische Oberschlesien-Aktion findet keine Gegenliebe in England; dagegen soll angeblich Italien dem französischen Schritt sich angeschlossen haben.
Korfanty in Paris; neue polnische Schandtaten in Oberschlesien.
Der Reichswehrminister verbietet den Soldaten den Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten und den deutschen Offizielsbund.
Brotpreiserhöhung und Lohnbewegung.

*

Die Wasserstraßenvorlagen vom Plenum des Landtages angenommen.
Beratung des Gewerbesteuergesetzes im Ausschuß; das religionsgesellschaftliche Steuergesetz in zweiter Lesung vom Ausschuß erledigt.
Der Handelsminister über das Handwerk.

Oberschlesien und die Entente.

Einstweilen macht es den Eindruck, wenigstens nach den englischen Pressestimmen zu schließen, als ob das neueste Vorgehen Frankreichs in der oberschlesischen Frage in England mit ziemlichem Mißvergnügen aufgenommen und beobachtet würde. Dagegen scheint diesmal überraschenderweise Italien, das sonst in Oberschlesien immer mehr mit der englischen Politik konform ging, an der Seite Frankreichs zu marschieren. Man wird in Deutschland daraus entsprechende Schlüsse über die Gesinnungen des neuen Ministeriums Bonomi gegen uns zu ziehen haben.

*

Italien und Frankreich solidarisch.

tu. **Paris**, 20. Juli. Der italienische Botschafter in Berlin hat einen gleichen Schritt wie der französische am Samstag unternommen.

B. **Berlin**, 20. Juli. Hier ist von einer solchen Wendung der italienischen Politik noch nichts bekannt. Auch bei den hiesigen Vertretern Italiens war man, wenigstens bis gestern abends, darauf nicht vorbereitet. Die Briandsche Note bedeutet in Wahrheit ja die denkbar stärkste Herausforderung nicht nur Deutschlands, sondern auch von England. Freilich ist die Mitteilung, die an England ergangen ist, ganz anders gehalten und so neigt man, wie wir feststellen können, in Kreisen der Neutralen der Ansicht zu, daß das alles nicht so böse gemeint sei und Briand in Wirklichkeit nur ein Rückzugsgefecht mit starken Mitteln führe. Uns scheint: Es wird sich gegenüber dieser Darstellung eine Dosis Zweifel und Skepsis empfehlen. Darüber jedenfalls kann gar kein Streit sein: Eine Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien muß in jedem Belange unheilvoll wirken.

** **Oppeln**, 19. Juli. General de Marini, der Vertreter Italiens in der J. K. Oppeln ist am Montag nach Rom abgereist.

*

Die englische Meinung.

** **Paris**, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune", der über die Stärke der Verstimmung berichtet, welche die französische Note im Foreign Office hervorgerufen habe, teilt unter anderem mit:

In amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchten, um sich die Rechtfertigung für eine Besetzung des Ruhrgebietes und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zur Schlußfolgerung gedrängt, daß es das beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von den kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

** **London**, 19. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt:

Nach offizieller britischer Auffassung sei ein Aufschub der Festsetzung der Grenzen Oberschlesiens und der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein nicht angängig. Es könne angenommen werden, Briand scheine zu hoffen, daß Italien in der Lage sein werde, ein neues Kontingent zu senden. Die Absendung einer französischen Division könne jeden Augenblick erwartet werden. Daß ihre Ankunft in Oberschlesien ausreiche, um die Pazifizierung des Gebietes zu sichern, werde nicht überall geglaubt. Der Korrespondent fährt fort, die englischen Vertreter hätten ebenso viele bewaffnete Polen, bezw. Polen, die die Grenze überschritten, entdeckt, wie ihre französischen Kollegen Deutsche unter gleichen Umständen entdeckten. Für die Minderheiten in den oberschlesischen Dörfern außerhalb der Garnisonsbezirke sei kein Schutz vorhanden. Das einzige, die beiden Parteien zu verhindern, einander an die Kehle zu springen und die Alliierten in ihren Konflikt hineinzuziehen, sei nach Ansicht der höchsten britischen Autoritäten die unverzügliche Regelung der oberschlesischen Frage.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Chronicle" schreibt: Die britische Regierung werde dem Drange der französischen Regierung wegen der Entsendung weiterer Truppen nach Oberschlesien schwerlich stattgeben. „Morningpost" schreibt in einem Leitartikel, die Auffassung der britischen Regierung werde — nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle — wie folgt sein: Briand habe den Vorschlag gemacht, der darauf hinkomme, die nächste Sitzung des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Vorschlag habe die britische Regierung enttäuscht und in amtlichen Kreisen Gefühle erweckt, die über die Enttäuschungen noch hinausgingen. Was den französischen Vorschlag auf Entsendung von Truppen anginge, so habe Großbritannien keine Division zur Verfügung und sei außerdem nicht in der Lage, die hierfür nötigen Gelder auszugeben. Im Zusammenhang mit der französischen Behauptung, daß die Truppen Höfers nur zum Schein aufgelöst wurden, habe der britische Oberkommissar eine sofortige gründliche Untersuchung angeordnet. „Morningpost" schließt: In britischen amtlichen Kreisen herrsche die Auffassung, daß französisch vielleicht zu vermeiden wünsche, daß noch andere Fragen als die oberschlesische vor dem Obersten Rat zur Regelung kommen. So sei die britische Regierung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Briand und Wekir Sami Bey nicht unterrichtet worden. Vielleicht wolle Briand eine Aussprache über diese Frage vermeiden.

„Daily Expreß" versichert, von zuständiger Seite zu hören, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich grundwegs, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Die „Times" schreibt in einem Leitartikel, die schnelle Regelung des oberschlesischen Problems sei nach wie vor erforderlich, indessen sei zuzugeben, daß die Lage, wie sie in der französischen Note geschildert werde, ein vorheriges energisches Auftreten der Alliierten erfordere. Jedoch müsse betont werden, daß jedenfalls ein enges Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times" bedauert lebhaft, daß im vorliegenden Falle die Alliierten durch irgendwelche unerklärliche Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert wurden, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, wie ihn die gegenwärtige delikate Lage erfordere.

*

Angeblicher Rückzug in Paris.

** **Paris**, 19. Juli. Die frostige Aufnahme, die nach den hier vorliegenden Blätterstimmen die französische Note in den Kreisen Englands gefunden hat, scheint auch Paris wieder zur Besinnung gebracht zu haben. Man erkennt unschwer die neuen Direktiven des Quai d'Orsay, wenn die heutige Abendpresse zum Rückzug bläst und übereinstimmend versichert, daß Briand keineswegs eine Hinausschiebung der oberschlesischen Entscheidung auf ungewisse Zeit hinaus beabsichtigt habe und daß nichts im Wege stehe, daß der Oberste Rat sofort nach der Entscheidung der Sachverständigenkommission zusammentritt, um die Grenzen endgültig festzulegen.

*

Korfanty in Paris.

B. **Berlin**, 20. Juli. Korfanty, der vorgestern in Paris noch zu einem Vertreter der Radio-Agentur über die Notwendigkeit, auf Deutschland zu drücken, das sich ja doch ducken würde, hochgemute Gespräche geführt hat, soll plötzlich erkrankt sein. Man meint allgemein, es sei eine diplomatische Erkrankung, die ihn auf den guten Rat seiner nachgerade ein wenig stutzig gewordenen französischen Freunde befallen hätte.

Im „Journal des Debats" heißt es: Frankreich solle die Anwesenheit Korfantys benutzen, um geheimerische Ratschläge zu geben, da die Polen nicht das Recht hätten, Frankreich neuen Komplikationen auszusetzen. Agitation und Gewalt würden ihren Interessen nicht dienen. Der Eindruck, daß die Erklärungen Korfantys in maßgebenden Kreisen einen ungünstigen Eindruck gemacht haben, wird verstärkt durch die Art, in welcher der offiziöse „Temps" berichtet. Das Blatt erwähnt die Ankunft Korfantys in Paris an entlegener Stelle und bemerkt dazu nur, der polnische Diktator habe einer Agentur Erklärungen gegeben, aus denen sich nichts neues ergebe.

*

Neues aus Oberschlesien.

B. **Berlin**, 20. Juli. Wie aus Breslau gemeldet wird, sind in den oberschlesischen Wäldern soeben die verscharrten Leichen des Amtsvorstehers Wagner aus Dachowitz, des Polizeiwachtmeisters Richter aus Hyhnik, sowie die Leiche des Gerichtsaktuars Seidel aus Ratibor aufgefunden worden. Seidel und Richter sind aus einem Zuge, der unter verantwortlicher Führung der Interalliierten nach Ratibor fuhr, von den Insurgenten beschossen worden. Wagner wurde von ihnen totgeschlagen, Richter von den Polen buchstäblich zerstückelt. Den Aktuar Seidel haben die Insurgenten, nachdem er einen Bauchschuß erhalten hatte, zu Tode gequält.

tu. **Berlin**, 19. Juli. (Sonderdienst.) Wie man hier von sehr gut unterrichteter Seite hört, entfalten die Franzosen in der letzten Zeit eine auffallend rührige Tätigkeit gegen die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien. Die Franzosen besetzen plötzlich Ortschaften, durchsuchen die Häuser nach Waffen und schrecken sogar nicht davor zurück, in verschlossene Wohnungen einzudringen, Geiseln ohne Grund zu verhaften und überhaupt die deutsche Bevölkerung in jeder Weise aufs Schwerste zu drangsalieren. So wurde der Ort Krappitz vor kurzem plötzlich von den Franzosen besetzt. Zwei französische Panzerwagen erschienen auf dem Marktplatz. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Als die ahnungslosen Bewohner der Ortschaft, von der Landarbeit kommend, größtenteils erst nach 9 Uhr sich in ihre Behausungen begeben wollten, wurden sie in rücksichtsloser Weise festgenommen, zusammengetrieben und nach Oppeln gebracht. Erst als sich, was selbstverständlich war, ihre Unschuld herausgestellt hatte, ließ man sie laufen. Alle diese Taten sind natürlich nur geeignet, die Erbitterung der deutschen Bevölkerung gegen die Franzosen noch weiter zu steigern. Ein Beispiel dafür, in welch rücksichtsloser Weise die Franzosen in Oberschlesien die Pressezensur ausüben, ist darin zu erblicken, daß die deutschen Blätter die Erklärung des deutschen Außenministers Dr. Rosen an den französischen Botschafter Laurent nur sehr verstümmelt wiedergeben durften. Sogar der Wortlaut der französischen Note ist größtenteils der Schere des Zensors zum Opfer gefallen. Die deutschen Blätter in Oberschlesien weisen an manchen Tagen mehr Zensurlücken als Text auf.

B. **Berlin**, 20. Juli. Zu dem in Beuthen dominierenden General Lecomte Denis samen Vertreter der Stadt, um sich über die wiederkehrenden nächtlichen Ueberfälle der Insurgenten zu beschweren. Der General entgegnete zum größten Erstaunen aller Anwesenden: „Die Angreifer sind ja gar nicht die Insurgenten. Der Selbstschutz stürmt nachts immer vor." Als ihm überzeugend nachgewiesen wurde, daß davon keine Rede sein könne, wurde der französische Sieger wütend: „Nein, die Boches sind die Angreifer". Und er wiederholte noch einigemal: „Nein, Sie, die Boches, sind die Angreifer gewesen."

Der bayerische Kronprinz über Krieg und Frieden 1917.

Ein Schreiben an den Grafen Hertling.

Während des Krieges gehörte zu der großen Verleumdungs- und Zermürbungskampagne unserer Feinde gegen die deutsche Volksstimmung auch die Herabwürdigung des bayerischen Kronprinzen. Es wurde ihm Rücksichtslosigkeit auf Menschenverluste, Gefühllosigkeit für die Leiden des Volkes, Verständnislosigkeit für die wirtschaftliche Lage und Not angedichtet, um so die Revolution und damit den Zusammenbruch vorzubereiten.

Wie der Kronprinz aber in Wirklichkeit dachte und wofür er sich auch mit allem Nachdruck einsetzte, wie er mit Liebe und Sorge sich um Bayern und Deutschland mühte und auf Beendigung des Krieges sann, ohne dieses Ende von Gebietserwerb abhängig zu machen, kann heute urkundlich nachgewiesen werden. Von der Telegraphen-Information wird uns der folgende Brief zur Verfügung gestellt, den der Kronprinz schon im Jahre 1917, als es noch Zeit war, alles zu wenden, an den Grafen Hertling, den bayerischen Ministerpräsidenten, gerichtet hat.

Die Richtigkeit des militärischen wie des politischen Urteils ist heute an den späteren Ereignissen leicht nachzuprüfen und zu bestätigen. Damals war das Schreiben eine Tat. Daß sie nicht die gewünschten Folgen hatte, war gewiß nicht die Schuld des Kronprinzen.

*

Das kronprinzliche Schreiben.

19. 7. 17.

Die Entwicklung der Dinge im Reich wie auch in Bayern erfüllt mich mit schwerer Sorge. Bevor ich aber hierauf eingehe, möchte ich eine kurze Schilderung der militärischen Lage vorausschicken.

Ich beginne mit jener

im Osten:

Die russische Offensive ist zu einem gewissen Stillstande gelangt und es kann sein, daß sie die letzte Kraftanstrengung der Russen war, bevor wir aber mit diesen nicht zum Frieden gelangt sind, können wir nicht stärkere Kräfte von dem Osten nach einem anderen Kriegsschauplatz hinwegziehen, käme es zum Frieden mit Rußland dürfte wohl auch bald ein Frieden mit Italien sich erreichen lassen, sei es auf dem Wege von Unterhandlungen oder durch eine Offensive der Oesterreicher. Bei der Kriegsmüdigkeit der Oesterreicher einerseits, andererseits den Befürchtungen, welche die Italiener hinsichtlich einer österreichischen Offensive hegen, ist der erstgenannte Fall der wahrscheinlichere. Eine Verwendung österreichischer oder bulgarischer Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatze erscheint mir ausgeschlossen. Die Bulgaren werden sich auf derartige Vorschläge kaum einlassen, ihre Truppen dürften auch den Einblick in den an der Westfront so starken feindlichen Artillerie-Feuers kaum gewachsen sein, ebensowenig die österreichischen, die sich schon im Osten dem dortigen viel weniger gefährlichen Gegner gegenüber nicht durchweg hervorragend bewährten. Wir sind also im Westen allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen. Mit den jetzt auf dem westlichen Kriegsschauplatze befindlichen Truppen vermögen wir in Anbetracht der feindlichen Uebermacht, von kleineren Vorstößen abgesehen, uns lediglich defensiv zu verhalten und uns der feindlichen Angriffe zu erwehren. Selbst wenn die im Osten noch benötigten Truppen dort frei werden sollten, würden diese — es sind meist nur Truppen zweiter Güte — nicht genügen, im Westen eine Entscheidung herbeizuführen, wenn ihre Anwesenheit auch eine wesentliche Erleichterung der Lage brächte und uns befähigen würde, größere örtliche Teilerfolge zu erzielen und dem Gegner den einen oder anderen schmerzlichen Schlag zu versetzen. Daß der Unterseebootskrieg eine Aushungerung Englands kaum herbeizuführen vermag, oder jedenfalls erst nach sehr langer Zeit, scheint festzustehen. Sein Hauptergebnis wird sein, daß infolge der unaufhaltenden Holzzufuhr die Kohlenförderung Englands und dessen industrielle Produktion eine schwere Schädigung erleiden wird. Ob der Unterseebootskrieg weiter derartige Erfolge erzielen wird, wie bisher, läßt sich nicht sagen. Die feindliche Gegenwirkung ist unstreitig im Zunehmen und wird voraussichtlich noch weiter zunehmen infolge der Beteiligung der Vereinigten Staaten am Kriege. — An Munition besitzt England zurzeit noch überreichliche Vorräte, an einem Mangel an Metallen glaube ich nicht, die Engländer haben sich noch nicht, wie wir, genötigt gesehen, Kirchenglocken und Hausgeräte zur Munitionserzeugung einzuziehen. Es ist demnach die Behauptung, daß je länger der Krieg dauere, er sich infolge des bei unseren Gegnern eintretenden Mangels an Rohstoffen für uns desto günstiger gestalten müsse, nur unter der Voraussetzung richtig, daß wir mit den Rohstoffen länger auszuhalten vermögen als unsere Gegner, was ich schon angesichts der herrschenden Kohlennot sehr bezweifle. — Zu der Frage des Materialersatzes gesellt sich jene des Mannschaftsersatzes. Insoweit ich diesen zu übersehen vermag, droht dieser mit Ablauf des Jahres bei uns zur Neige zu gehen, abgesehen von dem neuen Rekrutenjahrgange, der erst später zur Einstellung gelangen kann und nicht genügen wird, die im Laufe eines weiteren Kriegsjahres eintretenden Verluste zu decken. In dieser Beziehung ist freilich Frankreich noch schlechter daran wie wir, es ist schon jetzt kaum mehr in der Lage, die entstehenden Lücken zu füllen und es macht sich im Lande eine große Friedenssehnsucht geltend, eine Scheu vor einem weiteren Kriegswinter. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß die Franzosen an der bevorstehenden großen Offensive der Engländer sich beteiligen werden. Führt diese, wie ich bestimmt hoffe, zu keinem Ergebnisse, ist ein weiteres Anwachsen der Friedensstimmung zu erwarten. Es ist deshalb von ausschlaggebender Wichtigkeit, bis zum Herbst einen Frieden mit Rußland zu erlangen unter Verzicht auf irgendwelche Annexionen und Entschädigungen und es wären deshalb etwa noch bestehende Neigungen nach der Angliederung Kurlands, die zudem unsere militärische Position für die Zukunft nur wesentlich verschlechtern würde, entschieden zu bekämpfen. — Was England betrifft, ist es nach wie vor unser gefährlichster Gegner. Es sind allem Anscheine nach noch nicht sämtliche in England aufgestellten Truppen zum Abtransport nach dem Kontinent gekommen und es verfügt England noch außer der jährlichen Rekrutierungsquote über etwa eine Million unausgebildeten Ersatzes. —

Die Hauptgefahr für England liegt in der Arbeiterbewegung, und diese Gefahr dürfte wachsen mit der zunehmenden Verteuerung des Lebensunterhaltes der arbeitenden Klassen. —

Die Bombenangriffe auf London sind durchweg verfehlt. Sie fordern zu Repressalien gegen deutsche Städte heraus und sie nähren vor allem die Erbitterung gegen Deutschland in den Kreisen der englischen Arbeiter, also in jener Bevölkerungsklasse, die am wenigsten für den Krieg eingenommen ist, ja sogar diesem gegenüber sich bisher ablehnend verhielt. Es erreichen also die Bombenangriffe gerade das Gegenteil des Gewollten. Auch ist die Begründung nicht stichhaltig, daß durch unsere Fliegerangriffe auf die sogenannte „Festung London" dort namhafte englische Luftstreitkräfte zurückgehalten werden, erklärte doch Lloyd George einer Abordnung ausdrücklich, daß dem Luftschutze London jener der an der Front stehenden Truppen voranginge. —

Daß England jetzt alle Kraft daransetzt, die Entscheidung des Krieges womöglich noch in diesem Sommer zu erkämpfen, steht außer Zweifel. Es mißtraut seinen Bundesgenossen, vor allem den Russen, zudem kommt ihm der Krieg sehr teuer zu stehen und bringt es bei längerer Dauer in wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika. Ich glaube daher, daß auch England, wenn sein bevorstehender Schlag mißlingt, einem Frieden nicht mehr so abgeneigt sein wird wie zuvor. — Was nun die amerikanische Hilfe betrifft, so ist sie nicht zu unterschätzen. Zwar können vor dem Frühjahre, bis zu welchem Zeitpunkte wir schon aus diesem Grunde den Krieg beendigen sollten, amerikanische Truppen in ausschlaggebender Zahl auf dem Kontinente nicht eintreffen, wohl aber vermögen die Amerikaner unsere Gegner durch die Gewährung technischer Hilfsmittel in sehr wirksamer Weise zu unterstützen. Am unangenehmsten wird sich zweifellos die Lieferung von Flugzeugen bemerkbar machen. Sollte diese in so großer Zahl erfolgen, wie in der amerikanischen Presse angegeben wird, könnten unsere Gegner eine völlige Ueberlegenheit in der Luft erringen, uns jede Erkundungstätigkeit unterbinden und unserer Artillerie die Beobachtung äußerst erschweren. Es könnte dies von geradezu entscheidender Bedeutung werden. So bald wird allerdings eine derartige feindliche Ueberlegenheit in der Luft nicht eintreten, wohl aber bei längerer Dauer des Krieges, also etwa vom nächsten Frühjahre beginnend. — Wenn die feindliche Offensive dieses Sommers vorüber, dürfte vom Spätherbst ab eine längere Zeitspanne verhältnismäßiger Ruhe erfolgen, bedingt durch die eingetretene Erschöpfung wie das Einsetzen des schlechter Wetters, das dem Stellungskampfe hinderlich. Diese Zeitspanne muß meines Erachtens zu Verhandlungen mit dem Gegner ausgenützt werden, indem man entweder dem König von Spanien oder jenem von Schweden unsere Kriegsziele mitteilt, die sich auf die Erreichung des status quo ante bellum unter Verzicht auf doch nicht einzutreibende Entschädigungen beschränken müssen. An der Forderung der Rückerstattung der Kolonien darf die Erreichung des Friedens nicht scheitern. Oesterreich muß dazu bewogen werden, mindestens einige Gebietsabtretungen an Italien zu machen, um wenigstens diesen Gegner definitiv los zu werden. Ob eine Frie-

densvermittlung durch den heiligen Vater Aussicht auf Erfolg haben könnte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Nun einige Worte über

die innerdeutschen Verhältnisse.

Eine Folge des niedrigen Standes der deutschen Valuta wird nach dem Kriege die sein, daß gerade in Deutschland in vermehrtem Maße Bestellungen erfolgen werden, wodurch die Valuta sich bald wieder heben dürfte. Bayern wird sich jedoch von den Folgen des Krieges viel schwerer erholen wie das nördliche Deutschland, weil seine Industrie weniger entwickelt ist, es wurde ihr aber auch während des Krieges eine Weiterentwicklung erschwert, da ihr gerade dem Vorwande, sie sei nicht genügend leistungsfähig, unverhältnismäßig wenig Aufträge von den Zentralstellen aus zuginnen. Die Kreise der Großindustrie sind jetzt in Deutschland die ausschlaggebenden. Die letzten zwanzig Jahre schon stand die ganze auswärtige Politik des Reichs im Dienste der Industrie- und Handelsmagnaten, nicht Deutschlands Wohl war maßgebend, sondern der Profit, den jene Konsortien machten oder noch zu machen hofften — siehe Marokko! — Alles tanzte um das Goldene Kalb. Wie ein fressendes Gift hatte der Mammonismus von Berlin aus sich verbreitet und eine entsetzliche Verstachung des ganzen Denkens bewirkt. Man sprach wenigstens in Berlin fast nur von Geschäft und Vergnügen. — In rücksichtslosester Weise die Kriegsnot ausnutzend, haben Berliner Geschäftsleute es verstanden, durch die Schaffung all der verschiedenen in Berlin konzentrierten Zentralstellen das ganze innerdeutsche Wirtschaftsleben unter ihre Kontrolle und in ihre Gewalt zu bringen, und die Folge wird sein, daß nach dem Kriege der jetzt schon in kümmerlicher Not sich fristende Mittelstand verschwinden und eine Verstrustung eintreten wird, weit schlimmer wie in Amerika! Gerade für Bayern, das bisher immer noch einen zahlreichen und gesunden Mittelstand besaß, wird die Sache katastrophal. Die Angehörigen dieses Standes, die früher in ihrer überwiegenden Mehrheit ausgesprochen monarchisch gesinnt waren, sind jetzt zum Teil antimonarchisch geworden, da sie der Regierung die Schuld an ihrem Unglücke beimessen. Dies ist nicht bloß in den großen Städten der Fall wie in München, sondern leider auch in kleineren Orten. Man wirft der bayerischen Regierung vor, daß sie sich alles von Berlin gefallen ließe, und die Meinung gewinnt immer mehr Anhänger, daß, nachdem doch alles von Berlin aus geleitet werde, unsere Regierung weiter nichts sei als ein überflüssiger und kostspieliger Ballast. In den anderen Bundesstaaten ist übrigens die antimonarchische Stimmung womöglich noch schlimmer. Durch hier nicht zu erörternde Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen und die Verstimmung geht so weit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird. Die einzelnen Bundesstaaten müssen alles daransetzen, um in die innerpolitische Krise Preußens nicht verwickelt zu werden, die mir noch lange nicht abgeschlossen erscheint, und dürfen es nicht zugeben, daß sie durch eine Umgestaltung der Reichsverfassung in parlamentarischem Sinne ihrer wichtigsten Rechte und ihres Einflusses auf die Aufgaben des Reiches beraubt werden. Daß sie während des Krieges auf so manche ihrer Befugnisse zugunsten des Reiches zeitweilig verzichteten, hat vielfach die Ansicht aufkommen lassen, daß diese Befugnisse auf die Dauer dem Reiche belassen werden könnten und vorhandene zentralistische Neigungen bestärkt, die bewußt oder unbewußt letzten Endes auf die Existenz eines mehr oder minder republikanischen Einheitsstaates hinauslaufen. Die Reichsverfassung wird zweifellos eine teilweise Umgestaltung erfahren müssen, eine solche Umgestaltung darf aber nicht im parlamentarisch-republikanischen Sinne erfolgen, sondern sollte eher in dem Sinne vor sich gehen, daß die Autorität der Einzelstaaten eine Hebung erfährt und die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert wird. Vielleicht kann uns hierbei eine nach dem Kriege zu erhoffende Annäherung Deutsch-Oesterreichs zustatten kommen. Das Deutschtum darf nicht in einem Preußentum aufgehen, das dem süddeutschen Charakter nicht zusagt. Bei aller Hochhaltung des gemeinschaftlich deutschen Gedankens und zugunsten des Deutschtums selbst muß das süddeutsche Element im Reiche wieder zu größerem Einflusse gelangen. In Berlin muß nachdrücklichst betont werden, daß jede Schmälerung der Rechte der einzelnen Bundesfürsten und ihrer Regierungen wegen der sich hieraus ergebenden Minderung ihres Ansehens einer Förderung destruktiver Bestrebungen gleichkommt, die schließlich nach erreichtem Zentralismus sich auch gegen den Träger der Kaiserkrone richten werden, da dieser sowie die Regierung eine Ausgeburt der jeweiligen Mehrheitspartei nur allzuleicht als überflüssiger Zierat erachtet werden kann. Vielleicht mag es sich jetzt empfehlen, den bayerischen Landtag einzuberufen und es ihm nahezulegen, unter ausdrücklicher Kundgebung deutscher Gesinnung gegen eine Umänderung der Reichsverfassung in zentralistischem Sinne sich zu äußern. Es würde hierdurch einer Anzahl von Abgeordneten, die zugleich Mitglieder des Reichstags, und die als solche den Beschlüssen der Reichstagsfraktionen, auch wenn sie mit den Interessen des eigenen Landes nicht übereinstimmen, sich meist aus Parteirücksichten unterordnen, das Rückgrat gestärkt, um die Landesinteressen frei von Parteirücksichten im Reichstag energischer zu vertreten.

Bedenklich stimmte mich ein Ausspruch, den nun vor einem Jahre ein im Verkehre mit Bismarck herangereifter Staatsmann zu mir tat: „Die Völker würden es künftig nicht mehr dulden, daß über sie durch die Ungeschicklichkeit der Regierungen so ein Unglück hereinbräche wie der gegenwärtige Krieg und würden sich künftig die Entscheidung über ihre Politik, wie über Krieg und Frieden selbst vorbehalten.“ Dies ist insofern eine Utopie, als die Politik letzten Endes doch immer nur von einzelnen gemacht werden kann, wurden doch selbst Republiken durch das Verhalten ihrer leitenden Politiker in den Krieg hineingezogen, so z. B. Portugal und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, aber die Aeußerung entspricht weitverbreiteten Anschauungen. Sicher wird der Reichstag bestrebt sein, die Leitung der äußeren Politik an sich zu nehmen, meines Erachtens aber sollte der Auswärtige Ausschuß des Bundesrates hiemit befaßt werden. Er müßte zu diesem Zwecke zu einer ständigen und mit Beschlußkraft ausgestatteten Körperschaft umgewandelt werden, die immer rechtzeitig und in ausreichender Weise über die Vorgänge im Auslande orientiert würden. Man kann dies jetzt um so mehr verlangen, als tatsächlich unsere äußere Politik unter der bisherigen Regierung Schiffbruch erlitt.

Die gegenwärtige Krise hat zu einem Siege der Obersten Heeresleitung über den Reichskanzler geführt, der durch seine Unentschlossenheit in allen Fragen geradezu verderblich wirkte.

Zum Schluß gestatte ich mir noch drei Anregungen beizufügen:

1. Die Aufstellung von Handelsattachés bei den bayer. Gesandtschaften, zum mindesten bei der in Berlin, da sonst die bayerischen Industrie- und Handelskreise zu spät von gewinnbringenden Unternehmungen erführen.

2. Unterstützung des durch den Krieg in seiner Existenz bedrohten Mittelstandes durch Darlehenskassen.

3. Sicherung unseres Bauernstandes nach dem Kriege durch hohe Steuern auf Landerwerb zur Verhinderung der Bildung größerer Güter seitens solcher Leute, die sich während des Krieges bereicherten.

Amerikas Annäherung.

Rosen und Dresel.

ti **Berlin**, 10. Juli. (Sonderdienst.) Die „Chicago Tribune“ bringt ein Telegramm ihres Berliner Korrespondenten über eine Besprechung zwischen dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Dr. Dresel, und dem Minister des Aeußeren, Dr. Rosen, wobei ersterer im Auftrage seiner Regierung um eine Aeußerung zu der Frage gebeten haben soll, wie sich die deutsche Regierung die Festsetzung der Friedensbedingungen zwischen Deutschland und Amerika denke. Amtlich wird zu dieser Meldung bekanntgegeben, daß eine Unterredung zwischen Dr. Rosen und Dresel zwar stattgefunden habe, daß aber über den Inhalt der dabei geführten Besprechungen nichts Näheres gesagt werden könne und die Informationen des amerikanischen Blattes auf bloßen Kombinationen beruhen.

Demgegenüber wird aus neutralen diplomatischen Kreisen heute mitgeteilt, daß die Meldung der „Chicago Tribune“ wenigstens im wesentlichen richtig sein dürfte. Man versichert, daß die erwähnte Unterredung bereits vor einigen Tagen stattgefunden habe, und daß die Fühlungnahme fortgesetzt werde.

*

Das Programm für Washington.

* **Paris**, 19. Juli. Wie „Newyork Herald“ aus Washington gemeldet wird, deute das Staatsdepartement in großen Zügen den Standpunkt der Vereinigten Staaten zum Programm der Abrüstungskonferenz wie folgt an:

1. Die Vereinigten Staaten bereiteten selbst keinerlei Programme vor und erwarteten, daß die Konferenz sich darüber selbst schlüssig werde. Mit ihrer Einladung verfolgten sie nur das allgemeine Ziel.

2. Sie rechneten darauf, daß die Mächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz auf diplomatischem Wege über die zu beratenden Fragen einig würden.

3. Jede beteiligte Macht könne im voraus gewiß sein, daß sie durch ihre Zustimmung zur Beratung eines besonderen Gegenstandes nicht auf ihre Rechte verzichte, spätere Beschlüsse der Konferenz zu billigen oder abzulehnen.“

4. Die Vereinigten Staaten suchten den Einschluß einer Anzahl von Problemen in die Konferenz zu verhindern, die mit dem Zweck der Konferenz nichts gemein hätten und ihren Erfolg in Frage stellen könnten.

*

Die Verbandsschulden an Amerika.

** **Paris**, 19. Juli. Havas meldet aus Washington, Senator Lodge habe in die amtlichen Dokumente des Kongresses einen Brief aufnehmen lassen, den der Präsident Wilson im Oktober 1920 an Lloyd George gerichtet hat, in dem es heißt: Die Vereinigten Staaten könnten den Vorschlag, die englischen Schulden bei Amerika zu annullieren, oder auch sie auszutauschen, nicht in Betracht ziehen. Allem Anschein nach sei der Brief Wilsons die Antwort auf den Brief Lloyd Georges, der in der vorigen Woche der Finanzkommission des Senates mitgeteilt worden sei. Im Laufe der an diese Mitteilung sich anschließenden Debatte fragte der demokratische Senator Reed, ob es andere derartige Korrespondenzen gebe, oder ob die Annahme der deutschen Reparationsschuldverschreibungen durch die amerikanische Regierung erwogen worden sei. Darauf antwortete Senator Swadsworth: Er erinnere sich keiner offiziellen Mitteilung dieser Art über ein eventuelles Abkommen zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, demzufolge die letzteren die deutschen Obligationen für die von Belgien bis zum Waffenstillstand entliehene Summe in Zahlung nehmen wollten.

*

Die Mandatfrage neu gestellt.

* **Paris**, 19. Juli. Wie „Newyork Herald“ aus Washington meldet, haben die Alliierten das Recht der Vereinigten Staaten auf die Mitbestimmung in der Frage der Mandate angenommen. Es sollen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage aufgenommen werden. Bekanntlich bedeutet das u. a. die Wiederaufrollung der Fragen des englischen Mandats über Mesopotamien und des japanischen Mandats über Yap.

Verhandlungen mit Argentinien.

ti. **Berlin**, 19. Juli. Im Auftrag des Präsidenten der Argentinischen Republik, Irigoyen, wird demnächst der Führer der radikalen Partei Argentiniens, Dr. Horacio Oyhanarte, nach Berlin kommen, um wichtige Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik sowie des Auswanderer- und Transportwesens zu besprechen. Oyhanarte ist der Führer der deutschfreundlichen Strömung in Argentinien und ist während des Kriegs lebhaft für die Neutralität Argentiniens eingetreten. In seiner Begleitung wird sich der argentinische Gesandte in Stockholm, Dr. Penser, befinden, dem der Ruf vorausgeht, mit dem deutschen Verhältnissen besonders vertraut zu sein.

Auslandskredite für Deutschland.

ti **Berlin**, 19. Juli. (Sonderdienst.) Im Anschluß an das von der Reichsbank unter Vermittlung des Hauses Mendelsohn & Co. in Amsterdam mit ausländischen Geldgebern getroffene Kreditabkommen sind in der letzten Zeit mehrfach Gerüchte aufgetaucht, die bereits von weiteren Krediten für Deutschland wissen wollten. Diese Gerüchte sind fast allgemein von amtlicher Seite widerlegt worden. Es steht nur so viel fest, daß der über Holland erlangte Kredit von 150 Millionen Goldmark bereits eine Erweiterung erfahren hat.

Im Zusammenhang mit der Studienreise amerikanischer Finanzmänner wird jetzt erklärt, daß diese nicht nur der Frage der Stabilisierung der deutschen Valuta, sondern auch der Frage der Gewährung einer Anleihe an Deutschland gelte. Ob dieses Gerücht zutrifft, ist nicht gewiß; von offizieller Seite wird es jedenfalls nicht bestätigt. Dagegen verlautet mit großer Bestimmtheit, daß ein englischer Kredit für Deutschland in Aussicht stehen soll. Die Verhandlungen mit London scheinen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt zu haben, und man erwartet, daß noch im Laufe der nächsten Stunden nähere Mitteilungen über die Höhe dieses Kredits, die Verzinsung und andere Modalitäten gemacht werden. Im anderen Falle handelt es sich um einen amerikanischen Baumwollkredit, dessen Umfang ebenfalls noch nicht feststeht, doch scheint man auch hier schon zu definitiven Abmachungen gekommen zu sein, obwohl noch strengstes Stillschweigen gewahrt wird, zumal Amerika ein großes Interesse daran haben dürfte, daß Deutschland, im Frieden ein bedeutender Baumwollkäufer, einen Teil seiner in Amerika aufgestapelten Baumwollvorräte übernimmt.

Der griechisch-türkische Krieg.

** **Konstantinopel**, 19. Juli. Nach Nachrichten von der Front soll es vier griechischen Divisionen gelungen sein, die Linie Yeni-Chehjier-Nazif Pascha zu besetzen, doch wurde der Vormarsch durch den türkischen Widerstand aufgehalten.

* **Angora**, 19. Juli. Mustapha Kemal Pascha und General Fewzi Pascha sind an die Front abgereist.

*

Einnahme von Kutahia.

tu **Athen**, 20. Juli. Anläßlich der Einnahme von Kutahia wurde hier beflaggt.

Ein griechischer Bericht besagt, daß die Griechen mehrere tausend Gefangene gemacht hätten.

Die neue Regierung Italiens.

* **Rom**, 19. Juli. (Stefani.) Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ministerpräsident Bonomi verlas die Erklärungen des neuen Kabinetts, in denen es u. a. heißt: die allgemeine politische Richtung ändert sich nicht, aber die Regierung müsse von jetzt ab ihre Absichten in der auswärtigen Politik, die einen Anlaß zur Ministerkrise bildeten, in der wirtschaftlichen, der Finanzpolitik und der inneren Politik klarstellen.

Zur adriatischen Frage bemerkte Bonomi: Die Lage ist in wesentlichen Zügen mit dem Vertrag von Rapallo gelöst worden, dessen Bestimmungen geachtet werden sollen. Die Anwendung des Vertrages beseitigt die meisten Bedenken gegen die Abgrenzung des Corpus separatum von Fiume. Die Regierung glaubt, daß die Frage vor allen Dingen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geprüft werden müsse, um die wirtschaftliche Zukunft Fiumes sicherzustellen. Unter diesen Umständen ist der Weg der Besprechungen und Verhandlungen der geeignetste. Sobald erst der Staat von Fiume endgültig gebildet ist, wird sich ein gangbarer Weg für Unterhandlungen finden. Jugoslawien und Fiume werden dann ihrerseits die Grenzfrage wieder aufnehmen können, womit auch die Frage der Bildung eines Konsortiums der drei Staaten verknüpft ist. Auf diese Weise wird es möglich sein, Fiume das Hinterland zu sichern, für dessen Erzeugnisse Fiume der natürlich und wirtschaftlich vorteilhafte Sammelpunkt ist.

ti. **Rom**, 19. Juli. (Sonderdienst.) Der neue Außenminister della Toretta soll nicht gewillt sein, die slawenfreundliche Politik Sforzas weiter auszubauen. Auf intimen Freundeskreisen della Torettas verlautet, daß er mehr der ungarnfreundlichen Politik Nittis folgen werde.

(In der Kontrollkommission für die Entwaffnung Ungarns, die soeben zusammengestellt worden ist, haben die Italiener mit 110 Offizieren gegenüber 84 französischen, 7 englischen und 3 japanischen die Führung. Chef der Kommission ist General Zuechari.)

Es wird Ernst mit Westungarn.

Man schreibt uns aus Wien vom 18. Juli:

Nach einer heutigen Reuter-Meldung sind nunmehr Vorkehrungen getroffen, damit eine militärische Kommission der Entente die deutschen Bezirke Westungarns Oesterreich übergebe. Diese Meldung bedarf insofern einer Richtigstellung, als lange nicht alle deutschen Bezirke Westungarns im Frieden von Trianon Oesterreich zugesprochen wurden. Nach der ungarischen amtlichen Volkszählung von 1910 umfaßt das geschlossene deutsche Sprachgebiet von Deutschwestungarn auf 5297 Quadratkilometern in 383 Gemeinden 464 182 Einwohner, darunter 312741 Deutsche. Davon gehen verloren 9 Gemeinden mit rund 40 000 deutschen Einwohnern an die Tschechoslowakei (darunter Preßburg), 17 Gemeinden mit rund 18 000 deutschen Einwohnern an Ungarn und 3 Gemeinden mit rund 1000 deutschen Einwohnern an Jugoslawien, im ganzen 29 Gemeinden mit rund 59 000 deutschen Einwohnern. Außerdem sind hierher zu zählen die Gemeinden Ung.-Altenburg, Wieselburg, Güns und St. Gothard und einige kleine Ortschaften mit 8500 deutschen Bewohnern.

Zusammen sollen also 67 000 Deutsche Westungarns nicht an Oesterreich fallen.

Schon mit Rücksicht darauf kann von weiteren Verzichten Oesterreichs nicht die Rede sein. Nur Grenzberichtigungen aus ethnischen oder wirtschaftlichen Rücksichten können in Frage kommen, wobei jedoch der Grundsatz festgehalten werden muß, daß für einzelne Oertlichkeiten vorwiegend magyarischen Charakters die Anerkennung eines entsprechend großen deutschen Gebietes mit gleich viel Deutschen zu erfolgen hat.

Für Oesterreich hat die Angliederung Westungarns beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung. Nach der amtlichen ungarischen Statistik erzeugt das Burgenland 1¼ Millionen Meterzentner Brotgetreide (Weizen, Roggen, Gerste). Berechnet man den Eigenbedarf der Bewohner, ferner den Bedarf für Saatkorn und Fütterung mit einer Million Meterzentner, so verbleibt ¼ Million Getreide für

---

Der weise Schopenhauer spricht —
Und gern betret ich seine Spur:
Ein jedes Menschenangesicht
Ist ein Gedanke der Natur!
Es folgt daraus das Eine nur,
Wenn man dem Worte Glauben schenkt:
Daß auch die ewige Natur
Mehr Dummes als Gescheites denkt.

Blumenthal.

Ein deutscher Brückenbaumeister.

Die Siemens-Ringstiftung, die am hundertsten Geburtstag Werner v. Siemens errichtet wurde, und die sich zur Aufgabe gemacht hat, das Andenken großer Männer, die sich um die Wissenschaft und Technik besondere Verdienste erworben haben, zu ehren, hat dem Altmeister der Eisenbaukunst, Heinrich Gerber, eine Ehrung zuteil werden lassen, indem sie an der Stätte seines Wirkens als Brückenbauer, in Gustavsburg a. M. in dem Werk der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, das Reliefbild Gerbers anbringen ließ. Das von Professor Erwin Kurz ausgeführte Relief soll auch an den ersten von Gerber ausgeführten Werken angebracht werden, an der Sophienbrücke in Bamberg, an der Mainbrücke in Hafßfurt, an der Friedrichsbrücke in Mannheim, an der Halle des Münchener Hauptbahnhofs, deren Eisenkonstruktion ebenfalls von Gerber stammt, und in der Technischen Hochschule in München, an der Gerber lange Jahre als Lehrer wirkte.

Der Enthüllung der Plakette in Gustavsburg ging ein Festakt in der neuen Maschinenhalle des Werkes voraus, den Baurat Dr. Freytag (Nürnberg) mit einer Schilderung der Bedeutung Gerbers für die Wissenschaft und Technik einleitete. Die Bedeutung des im Jahre 1832 in Hof in Bayern geborenen Heinrich Gerber liegt vor allem in der Konstruktion der sogenannten Auslegerträger für eiserne Brücken. Die erste dieser Brücken war die im Jahre 1867 in Bamberg erbaute Sophienbrücke, dann folgten die Hafßfurter Brücke und die Friedrichsbrücke in Mannheim. Die Erbauung der großen Brücke über den Rhein bei Maing gab den Anstoß zur Errichtung des Werkes Gustavsburg, das aus den Werkstätten für diesen Brückenbau hervorging. Erst zehn Jahre nach der Erbauung der ersten deutschen Auslegerbrücke ging man in Amerika zu diesem System über. In England gar erst im Jahre 1890, wo die große Brücke über den Firth of Forth nach dem Vorbild der Hafßfurter Brücke erbaut wurde. Exzellenz Dr. E. Warburg, der erste Vorsitzende der Siemens-Ringstiftung und Leiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin, übergab den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden die zur Anbringung an den Werken Gerbers bestimmten Plaketten. Es kamen dann zu Wort Geheimrat Dr. Dyck von der Technischen Hochschule München, Regierungsdirektor Ebert (München) als Vertreter der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums, Oberbaurat Schmitz (Bamberg) als Vertreter der Städte Bamberg und Hafßfurt, Baurat Freiherr v. Sendsburg als Vertreter der Wasser- und Straßenbaudirektion Heidelberg, der die Mannheimer Neckarbrücke untersteht. Direktor Karstanjen dankte im Namen des Werkes Gustavsburg für die Auszeichnung und erweiterte die Ausführungen von Baurat Freytag durch näheres Eingehen auf das Leben und Wirken Heinrich Gerbers. Sodann erfolgte die Enthüllung der Plakette am Bureaugebäude Gerbers, in dem sich jetzt die Fabrikschule befindet. Hier sprach Exzell. Oskar v. Miller (München), als zweiter Vorsitzender der Siemens-Ringstiftung deren Zweck darlegte und darauf hinwies, daß der fehlende Ring, den die Gesellschaft verleiht, bisher dem ebenfalls in Oberfranken geborenen Karl v. Linde und dem österreichischen Forscher Auer von Welsbach verliehen wurde. Verstorbene Größen in Wissenschaft und Technik ehrte die Siemens-Ringstiftung durch die Ausgabe einer Broschüre in 60 000 Exemplaren über das Leben und Wirken Ernst Abbes, des Inhabers der Jenaer Zeißwerke, und durch die Anbringung eines Reliefs des hervorragenden Chemikers A. W. v. Hofmann an seinem Geburtshause in Gießen.

An den Festakt schloß sich die Besichtigung einer Ausstellung von alten Plänen, Entwürfen und Bildern der unter Gerbers Leitung ausgeführten Werke sowie eine Wanderung durch die Fabrik. Als Vertreter der Familie Gerber nahm dessen Schwiegersohn, Oberregierungsrat Friedrich (München), an der Feier teil.

Kunst * Wissenschaft * Unterhaltung.

dt. [Kunst und Zensur.] Ein interessanter Prozeß, dessen Ausgang in weiten Kreisen der deutschen bildenden Künstler, des Schrifttums und des Buchhandels mit großer Spannung erwartet wird, steht in nächster Zeit in Berlin bevor. Der dortige Verlag Gurlitt hat eine Sammlung künstlerischer Mappen herausgebracht, die den Namen der Venuswagen führen und an deren Ausführung Künstler wie Louis Korinth, Otto Schoff, Richard Janthur, G. W. Nößner, Fritz Christofe, Willi Jaekel, Willi Geiger, Jille und andere mitgewirkt haben. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen Gurlitt Strafantrag wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften erhoben und stützt sich dabei lediglich auf ein Gutachten Prof. Dr. Brunners. Der Verteidiger der Beklagten hat eine ganze Reihe von Gutachten eingeholt, und zwar von L. v. König, Max Krell, Eugen Spiero, Dr. Max Osborn, Fedor v. Zobeltitz u. a. Alfred Kerr faßt seine Ansicht über das beanstandete Kunstwerk in dem Satz zusammen: Es ist insam, daß man für die Widerlegung so deutlicher Irrtümer auch nur zwei Zeilen vergeuden muß. Reichskunstwart Dr. Redslob schreibt: Es hat sich ergeben, daß die Achtung vor der schöpferischen Produktion ersichtlich im Wachsen ist. Wenn sie seitens untergeordneter Organe verletzt wird, so wird dieses Veranlassung geben, endlich einmal den Gedanken der Reinheit des schöpferischen Willens auch den Beschlagnahmegelüsten gegenüber festzustellen. Gerade die Bedeutung Korinths ist während der letzten Jahre in Deutschland so allgemein zur Anerkennung gekommen, daß mit einer starken Empörung über diese Beschlagnahme zu rechnen ist.

* **[Neues von der drahtlosen Telegraphie.]** Nach einer Meldung aus London gab Senator Marconi bekannt, daß er sich in den letzten Wochen mit Versuchen für eine neue Empfangsmethode für drahtlose Meldungen beschäftigt habe, die von einem Ingenieur der Marconi-Gesellschaft erfunden worden ist. Diese Methode hat die Marconi-Gesellschaft in die Lage versetzt, Meldungen von den Vereinigten Staaten im Süden Englands zu empfangen ohne jegliche Beeinflussung durch atmosphärische Störungen, die in dieser Jahreszeit außerordentlich häufig sind und in diesem Jahre wegen des abnorm heißen Wetters noch größer als gewöhnlich waren. Marconi erachtet die Ergebnisse der Versuche als außerordentlich wertvoll. Sie gestattet einen drahtlosen Funkverkehr trotz atmosphärischen Störungen während der 24 Stunden des Tages und für den größten Teil der Zeit im Schnellsendverkehr.

ck [Weibliche Baumeister.] Während bei uns der Beruf des Architekten nur in seltenen Fällen von Frauen ausgeübt wird, gibt es in den Vereinigten Staaten eine große Anzahl von weiblichen Baumeistern, die sich in ihren Leistungen vorzüglich bewährt haben sollen und für den Bau eines modernen Wohnhauses sowie die Einrichtung der Wohnungen gewisse Fähigkeiten mitbringen, durch die sie dem Manne überlegen sind. Die bekannteste amerikanische Baumeisterin Josephine Chapman, die in Boston eine große Anzahl von Bauten errichtet hat, Kirchen und Universitätsgebäude, Villen für reiche Leute und Kleinwohnungen für arme, äußert sich in einem amerikanischen Blatt in interessanter Weise über die Eignung der Frau zu diesem Beruf. „Warum sollen wir Frauen die Männer alle Häuser entwerfen und bauen lassen?“ fragt sie. „Eine Frau kennt vielfach besser als ein Mann die Bedürfnisse, die man heute an eine Wohnung stellt, und es kommt zum großen Teil daher, daß viele Frauen in der Architektur tätig sind, wenn die Häuser in den Vereinigten Staaten so viel bequemer und praktischer eingerichtet sind als in Europa.“ Miß Chapman ist stolz darauf, daß sie aus der amerikanischen Küche „eine Stätte der Schönheit und der praktischen Bequemlichkeit“ gemacht hat. Sie rühmt sich, daß ihre Abwaschtische stets so gebaut sind, daß die Hausfrau beim Abwaschen des Geschirrs sich nicht zu bücken braucht, und daß kein Eismann mit schmutzigen Füßen und tropfenden Eisstücken den fleckenlosen Boden der Küche verunreinigt, denn außerhalb der Küche ist ein Behälter angebracht, in den er das Eis hineintun muß. Ueberhaupt sieht sie bereits bei der Anlage des Hauses darauf, daß möglichst viel Hausarbeit gespart wird, und die Räume auf das praktischste angeordnet sind. Sie übernimmt nicht nur den Bau des Hauses, sondern auch die Einrichtung der Wohnungen. „Die Frau, die Baumeister wird, muß ebenso praktisch wie künstlerisch veranlagt sein,“ fordert sie. „Sie muß alle Einzelheiten des Maurerhandwerks kennen und darauf gefaßt sein, schmale Leitern hinaufzuklettern und auf schwankenden Gerüsten zu